

Die Eiche

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 3

Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Poststücke sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin O. 22, Grallastraße 112.

Ulm a. D., den 16. Jan. 1920

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an: Die Eiche, Ulm a. D., Karlstr. 47, Telefon 1442. Satzung der Redaktion: Montag mittags.

31. Jahrgang.

Ein schwerer Schritt.

Von Anton Ertelez,
Mitglied der Nationalversammlung.

Die Regierung und die Nationalversammlung haben sich zu einem schweren Schritt entschließen müssen, nämlich zu einer beträchtlichen Erhöhung der Preise, die den Landwirten für inländisches Getreide und Kartoffeln, den Hädem dementsprechend also für Brot zu bezahlen sind. Eine solche Maßnahme in einer Zeit, wo ohnehin alles unter einer Teuerung leidet, ist natürlich unangenehm und ist auch vielen Mißverständnissen ausgesetzt. Es ist zu erwarten, daß von kommunistischer Seite diese Maßnahme scharf angegriffen und bemängelt wird, um neue Unruhen zu stiften. Man muß sich also mit den Gründen dazu vertraut machen.

Der Krieg hat uns gelehrt, daß

Deutschland sich allein nicht ernähren kann.

Wir haben im Kriege und seit dem Waffenstillstand immer mehr unsere Vorräte und Reserven verzehrt. Eine Zeitlang konnte man glauben, nach Deckung der Grenzen würde alles billiger werden. Die Entwicklung hat gezeigt, was wir hier schon im August sagten, daß diese Annahme falsch ist. Auch im Auslande steigen die Preise von Tag zu Tag. Das wirkt für uns um so schwerer, als die deutsche Papiermark im Auslande fast von Tag zu Tag gesunken ist und z. B. vor ein paar Tagen in der Schweiz die Mark nur 7, 23 wert war. Das bedeutet, daß eine Tonne Getreide, die auf dem Weltmarkt 600 M. Friedenswert hat, uns heute etwa 7500 M. in Papier kostet. Das erschließt, daß wir so wenig als möglich aus dem Auslande kaufen. Möglich ist das nur, wenn wir soviel als denkbar im Inlande erzeugen.

Die Inlandsproduktion sinkt aber von Jahr zu Jahr. Wir brauchen an Getreide in einem Jahr mindestens 9 918 000 Tonnen. Die diesjährige Ernte hat aber nur 7 649 000 Tonnen ergeben. Und selbst wenn auch noch mangelnde überschüssige und verrottet wird, reicht unsere Ernte nicht aus für den rationierten Bedarf. Im nächsten Jahre droht die Gefahr noch größer zu werden, denn der frühe Winter hat die Befruchtung der Felder mit Winterfrucht gewaltig gehemmt. Und wenn wir nicht im Frühjahr

mit einer gewaltigen Ausbreitung

mit außerordentlichen Mitteln, durch Sommerfaat den Ausfall ersetzen, sinkt unsere nächste Ernte noch stark unter die diesjährige.

Warum aber sinken unsere Ernteerträge? Wir hatten im Frieden den zweifelhaftesten Ernteertrag auf einen Hektar mit 19,1 Doppelzentner bei Roggen. Nur Belgien mit keinem durchgängig viel besseren Boden war uns über. Das konnte nur erreicht werden, weil wir mehr Dünger und mehr Arbeit in den Boden steckten als ein anderes Volk. Mehr Arbeit, mehr Kapital, das waren also die Säulen unserer landwirtschaftlichen Kraft. Beide Säulen beginnen aber von Jahr zu Jahr mehr zu wanken. Je weniger Vieh wir haben, um so weniger Dünger. Ein Ersatz durch Kunstdünger ist nicht möglich, da es an Kohlen fehlt, um Kali zu fördern, um Stickstoff herzustellen oder um die hergestellten Mengen zu befördern. Man lese folgende Ziffern:

die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen	40 Proz.
die Zahl der Arbeitstiere sank um	35—40 Proz.
die Kraftfuttermenge um	80 Proz.
die Zahl der Maschinen u. Geräte um	40 Proz.
die Kohlenmenge um	20 Proz.
die Stickstoffdüngermenge um	60 Proz.
die Phosphorsäuredüngermenge um	75 Proz.
die Stalldüngermenge um	50 Proz.

So ist der Ertrag um mehr als ein Drittel gesunken. Dabei stieg der Preis des Stickstoffdüngers um 150 Prozent, der Phosphorsäure (die in Deutschland wenig hergestellt werden kann) um 970 Prozent, das Kali um 367 Prozent. In den Preisen der rationierten Lebensmittel findet der Bauer schon seit langem keinen Ausgleich mehr für die Verminderung der Erträge und die Erhöhung aller Preise. Er half sich teilweise durch den Scheinhandel. Abgesehen davon, daß das

ein höchst verderblicher Zustand

ist, reicht auch dieses Abhilfsmittel nicht mehr aus. Da dem Bauer also nicht mehr das erforderliche Kapital zurfließt, sinkt die Intensität der Wirtschaft und damit der Ertrag. So schreibt mir ein Gutspächter aus Westpreußen:

„Aus einer hochintelligenten Rindermilchviehwirtschaft (Gulmssee) ist im Kriege eine Kornwirtschaft geworden. Und jetzt stehe ich vor der Notwendigkeit zu der mittelalterlichen Dreifelderwirtschaft zurückzukehren (d. h. jedes Stück Land wird zwei Jahre hintereinander mit Weizen bepflanzt u. B. Roggen und Kartoffeln bepflanzt und bleibt im dritten Jahre unbestockt liegen, um sich ohne Dünger zu erholen.) Die unabsehbaren Gefahren, die sich daraus, wo es allenthalben so geschieht, ergeben, liegen auf der Hand. Wir fehlen in meiner Wirtschaft auf 3000 Morgen, 120 Saisonarbeiter und sechs vierstännige Gespanne.“

Natürlich ist der Mangel an Arbeitskräften eine der Hauptursachen. Es fehlen die russisch-polnischen Saisonarbeiter. Deutsche Arbeitskräfte sind zwar in den Städten genügend vorhanden. Sie lehnen aber vielfach die schwere Landarbeit ab. Auch ist ihnen der Lohn auf dem Lande zu gering. Sie stellen höhere Ansprüche an Lebenshaltung, die durchaus berechtigt sind, aber doch erst

nach Jahren durch Neubauten auf den Gütern befristet werden können. Dazu fehlt es aber wieder an Kapital. Oft können die Landwirte sich auch mit Arbeitern aus der Stadt nicht vertrauen.

Eines der ersten Mittel um diesen Schwierigkeiten Herr zu werden, ist eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Waren,

damit die Bauern höhere Löhne zahlen,

die teuren Maschinen und Düngemittel kaufen können. Es wäre ein großer Fehler zu glauben, damit sei alles gelöst, was geschehen könne. Wenn die im Rückstand befindliche Landarbeit im Frühjahr schnell nachgeholt werden soll, mußte z. B. in jedem Kreis auf Kosten des Staats unter entsprechender Heranziehung der Landwirte Pfingstruppen aufgestellt werden, die mit Dampf- und Motorspülgeräten im Frühjahr eingreifen. Ferner müssen große Mittel zur Verfügung gestellt werden, um neue ländliche Eigenwirtschaften zu errichten und auch durch den Bau guter Wohnhäuser auf den Gütern die Ansiedlung von Landarbeitern schnell gefördert wird.

Der Schwerpunkt aller Hilfsmittel liegt aber im Bergbau.

Die Bergarbeiter haben erfreulicherweise ihre Leistungen wesentlich steigern können. Aber der Kohlenmangel bleibt, weil wir das Saargebiet verloren, große Kohlenmengen abliefern müssen und zur Befriedigung der aus dem Auslande herangeführten Lebensmittel auch sonst ausgeführt werden muß. So liegt Leben oder Tod des deutschen Volkes in der Hand der Bergarbeiter.

Wie aber kann den Menschen in der Stadt, den Arbeitern, Angestellten, Beamten und allen andern Klassen diese Preissteigerung für Lebensmittel erträglich gemacht werden? Die Preissteigerung, die jetzt vorliegt, macht für eine durchschnittliche Familie von 5 Köpfen 8—7 M. die Woche aus. Denn alle produktiv tätigen Kreise, darunter besonders die Arbeiter und Angestellten müssen in ihrem Verdienst einen Teil der Mehrkosten für die nicht selbst erzeugenden Volksteile bezahlen. Sollen z. B. die Beamtengehälter um den Betrag der Teuerung erhöht werden, so müssen der Staat, die Gemeinden höhere Steuern erheben, die zum Teil der Arbeiter wieder tragen muß. Die Erhöhung der Gehälter für die Eisenbahner setzt sich in höhere Fracht um und deshalb werden nicht nur die Lebensmittelpreise steigen, sondern alle anderen Waren.

Man könnte davon denken, daß der Staat diese ganze Preissteigerung auf seinen Beutel übernimmt. Das sieht so einfach aus und ist deshalb verführerisch. Da aber auch der Staat, angelehnt der Schuldlast von über 4000 M. pro Kopf bei Reich, Staat und Gemeinden nichts ausgeben kann, was er nicht einnimmt, müßte er diese Milliarden durch neue Steuern erheben. Das wäre noch unumständlicher und kostspieliger. Es muß also die Preissteigerung von vornherein auf die Produktion abgewandt werden. Deshalb muß sofort eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter eintreten, die unseres Erachtens

nicht unter zehn bis zwölf Prozent

betragen darf.

Bei der Gelegenheit erheben wir erneut die Forderung, daß Löhne, Gehälter und Renten fortlaufend, d. h. monatlich oder spätestens vierteljährlich, den Lebensbedürfnissen angepaßt werden. Seitdem wir im August diesen Gedanken hier und an anderer Stelle ausgesprochen, hat derselbe zwar von Woche zu Woche an Boden stark gewonnen. Daß dieser Weg beschritten werden muß, bestreitet heute niemand mehr. Aber die praktische Ausführung läßt sich noch auf sich warten. Es gibt so wenig Menschen, die bei der rasenden schnellen Entwicklung, in der wir uns befinden, etwas voraus denken können und den Mut haben, rechtzeitig das anzusprechen, was nötig ist. Also etwas mehr Dampf!

Wie gesagt, mit diesen unermesslichen Preissteigerungen kann man leicht

eine aufputschende Agitation

betreiben. In Versuchen dazu wird es nicht fehlen. Jetzt kommt alles an auf das volkswirtschaftliche Verständnis in Arbeiterkreisen. Das nötige Material haben wir hier jedem an Hand gegeben. Wir rufen unsere Kollegen auf, sich an der Aufklärungsarbeit zu beteiligen. Wir wandern hart an einem Abgrund entlang. Ein falscher Trittlaut kann den Absturz bringen. Mit Klarheit, Verstand und aufbauendem Staatswillen können wir uns in harter Arbeit retten. Vertragen die Herren des Volkes, besonders der deutschen Arbeiter, glauben sie durch Putz- und Zertrümmerung ihrem Vorgehen Luft machen zu müssen, dann ist Deutschland im 1920—1921 ein großes, verhungertes Wien.

Schon vor dem Kriege haben wir im Anschluß an Prof. Oppenheimer den Gedanken vertreten, daß ein wesentlicher Kernpunkt der sozialen Frage auf dem Lande liegt. Damals prömierten vom Lande die Arbeitskräfte scharenweise in die Stadt und wirkten hier oft als Ballast für die anderen Arbeiter. Heute sind die Dinge umgekehrt: die Stadt hat Überflutung an Arbeitskräften und verhungert, weil es auf dem Lande an Arbeitern fehlt. Im einen wie im anderen Falle ist das Land bestimmend für die sozialen Verhältnisse in der Stadt. Der Arbeiter in der Stadt muß sich durch schwere Arbeit ernähren. Der Bauer auf dem Lande muß nicht weniger hart arbeiten. Beide haben Anspruch auf gerechte Entschädigung für ihre Mühe.

Die kommunistische Arbeiter-Union am arbeiten!

Von Arbeitersekretär Karl Brünner-Frankfurt am Main.

Kann das sich bei uns im Reich die Arbeitsluft und die Produktion etwas gehoben haben; kann das in unserem Wirtschaftsleben nur eine kleine Aussicht auf Besserung, oder richtiger gesagt auf Weiterentwicklung sich bemerkbar macht; da sind es die kommunistischen Elemente, welche nicht nur durch ihre agitatorischen Reden, sondern auch durch ihre radikalen, unerfüllbaren Forderungen die Arbeitnehmerrassen aufzuwecken versuchen. Gerade diese Leute sind es, welche jede praktische Arbeit der Gewerkschaften, da dieselben ihnen ein großer Dorn im Auge sind, zu Schanden machen. Sie verhindern die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Gestaltung zu sprengen und an Stelle derselben sogenannte syndikalistische Betriebsorganisationen zu setzen. Noch ist es diesen Fanatikern nicht gelungen größere Vereinigungen zu Stande zu bringen; aber in verschiedenen Gegenden Deutschlands, hauptsächlich in Gegenden der Schwarzwalddistrikte, wo man mit vielen ausländischen Arbeitern, wie Polen, Tschechen usw. zu rechnen hat, fällt ihre Trübsucht auf fruchtbaren Boden. War zuvor, als alle Gewerkschaftsvereinigungen noch geschlossen an der sogenannten Arbeitergemeinschaft befestigt waren, es nicht so leicht, die Leute irre zu führen, so hat aber der deutsche Metallarbeiterverband bedauerlicherweise durch seinen Austritt aus der Arbeitergemeinschaft viel dazu beigetragen, den syndikalistischen Sonderbestrebungen den Boden zu ebnen und derselben die Agitation zu erleichtern. Diese Herrn aber, die sich teilweise selbst nicht radikal genug benehmen können, werden die Frucht ihrer irigen Saat noch kosten müssen. Hoffen will ich mir, daß sie diese selbsthergezeugten Früchte auch gut bedenken mögen. Da aber die vernünftigen, denkenden Arbeiter nicht nur jede Arbeit mit diesen Elementen ablehnen, sondern dieselben auf das energischste bekämpfen, so ist es mir so bedauerlicher, daß unsere Regierung, in welcher doch heute alle bewährte Gewerkschaftler sich befinden, entweder die Gefahr der syndikalistischen Bewegung unterschätzen, oder nicht den Mut haben gegen diese Verräter an unserem Wirtschaftsleben, energisch genug vorzugehen.

Mit welchen Mitteln diese Leute arbeiten, beweisen nicht nur die unerfüllbaren Forderungen im Ruhrgebiet, sondern noch viel deutlicher die Forderungen der kommunistischen Eisenbahner in Frankfurt am Main. Der beste Beweis, daß es den Herren nicht darum zu tun ist, der Arbeitnehmerrasse zu helfen, sondern dieselbe unzufrieden zu machen und zu Putzen aufzureizen, um sie dann zu ihren verrotteten sozialistischen Ideen auszunutzen. Es dürfte selbst dem verborstensten Fanatiker heute klar sein, daß es in der Zeit des völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs unmöglich ist, einen Mindestlohn von 60 M. bei fünfstündiger Arbeitszeit zu zahlen; aber weil die Herren dieses wissen, stellen dieselben solche Forderungen damit die Arbeiterschaft sowie die heutige Regierung nicht zur Ruhe kommt und die letztere keine praktische sozialpolitische Arbeit zu leisten im Stande ist. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die ganze gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, ganz gleich ob es Gewerksvereine, christliche oder freie Gewerkschaften sind, (denn in diesem Kampfe müssen alle zusammenstehen) verhandeln, daß es einigen politischen Fanatikern gelingt, die mühselige Arbeit und Erzeugnisse von Jahrzehnten mit einem Schlag zu vernichten. Denn nicht unerfüllbare radikale Forderungen, sondern ein vernünftiges wirtschaftliches Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann uns helfen wieder hoch zu kommen. Dazu aber ist es dringend notwendig, daß man nicht nur die Arbeitsgemeinschaft weiter ausbaut, sondern man muß auch mehr an die Bewirklichung der ausgleichenden Lohnskala herantreten; haben wir diese vernünftige Ansicht erst zur Bewirklichung gebracht, u. die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erst den Wert dieser Forderung schätzen und kennen gelernt, so werden wir nicht nur eine zufriedene und arbeitsfreie Arbeitergemeinschaft erhalten sondern das ganze Wirtschaftsleben würde wieder in ruhigere Bahnen gelenkt werden. es würde zur Folge haben, daß dadurch sich nicht nur die Produktion steigert, sondern daß wir auch die Mittel in die Hand bekommen, die längst notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsartikel durch Austausch usw. zu schaffen. Haben wir es aber erst soweit gebracht, dann ist der radikale Strömung der Agitationsstoff genommen und es wird allmählich besser mit unserem ganzen Wirtschaftsleben; deshalb nicht nur kritisiert oder durch stumpfe Gleichgültigkeit diese syndikalistische Strömung fördern, sondern wir daran arbeiten helfen, daß die Vernunft siegt und wir von den russischen oder ungarischen Beispielen verschont bleiben. Denn wir sind kein Agrarstaat, sondern fast ein reiner Industriestaat und können schon deshalb nicht das Versuchsnarrdel bolschewistischer Wirkkräfte abgeben; denn russische Zustände können wir und das muß jedem denkenden Menschen klar gemacht werden, keine 14 Tage vertragen, wenn wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollen, elendig zu Grunde zu gehen. Darum gilt es, nicht zu warten, bis es zu spät ist. Diese uns dem sicheren Untergange entgegenführende Bewegung der sogenannten Arbeiterunion muß schon im Reine erstarkt werden.

Gedanken beim Jahresanfang.

Von Georg Steiner-Kaiserslautern.

Ein volles Jahr ist verflissen seit dem Waffenstillstand und immer noch kein Frieden. Ein neues Jahr hat seinen Anfang genommen. Unsere Hoffnungen, daß im vergangenen Jahre die herrliche und beglückende Botschaft „Friede auf Erden“ vollinhaltlich wieder ihre Bedeutung haben werde, sind nicht in Erfüllung gegangen, aber nach menschlichem Ermessen ist der Friede jetzt nicht mehr in weiter Ferne. Die Schlußformalitäten dürften wohl nun erfüllt und damit die Kulturwelt nach 5½-jährigem Kriegszustande von der furchtbaren Heimtückung erlöst werden, die je über sie gekommen. Das Weihnachtsfest, das in all den langen Jahren vor dem Weltkrieg als ein trautes Familienfest in inniger und beglückendster Art gefeiert wurde, ist nun zum feststemmale im Zeichen des Krieges an uns vorübergegangen. Zur Freude und zum Großwerden haben wir mitten im Jahre keinen Anlaß; denn es ist keineswegs und unangenehm Unglück über uns gekommen, in Millionen und Abermillionen von Familien haben bereits vor Jahren Trauer und Sorge ihren Einzug gehalten und sind ständige Hausgäste geworden. Und nach langen Jahren werden wir dazu verurteilt sein, unter unendlicher Mühsal, mit wunden Herzen und gebrühtem Gemüte des Lebens Tage und Jahre zu tragen. Aber wir wollen doch bei allen Klammern die Hoffnung nicht aufgeben, daß es doch wieder auch für uns eine bessere, glücklichere Zukunft geben wird. Denken wir an unsere Jugendzeit zurück, an die frohen Stunden, die wir haben erleben dürfen, dann preßt sich unser Herz zusammen, besonders angefaßt des namenlosen Weils und Unglücks, das der Krieg über uns gebracht hat. Bittere Sorgen, schwere Lasten erheben wir gegen diejenigen, die ihrem unabweisbaren Stolz in ihrem nationalistischen Hochmut jene Völkermassentatzen heraufbeschworen haben. Sätten sie in sich getragen wackelhaften Friedenssinn und Friedensgeist, dann wäre das Entsetzliche abgemindert worden, und die friedliche Diplomatie hätte über den kriegerischen Militarismus den Sieg davon getragen. Mögen die Schuldigen ihren gerechten Richter finden. Vieles was heute noch in Dunkel gehüllt ist, wird dereinst vom Licht der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit erreicht werden, trotz aller Hindernisse und Vertuschungsmanöver. Ein weiteres Kapitel, das hauptsächlich die Arbeiterschaft drängt, ist unsere Jugend. Welch traurige Jugend haben unsere Kinder im Kriege erlebt? Sie sind zum großen Teil aufgewachsen ohne die Nachbarschaft des Vaters, der im Felde stand, ohne eine wirklich geordnete Erziehung haben, weil auch die Mutter bei all ihren Haus- und Arbeitsorgen nicht viel Zeit übrig blieb, um sich den Kindern zu widmen. So sind auch gewissermaßen Millionen von Kindern Opfer des Krieges geworden, nicht bloß in physischer Hinsicht, durch mangelhafte Ernährung oder körperliche Ermüdung, sondern vor allem in sittlicher Hinsicht. Die durch den langen Krieg heraufbeschworene Jugendverwahrlosung ist eines der traurigsten und dunkelsten Kapitel. Die im Gemüts- und Empfindungsleben der Kinder verursachten Verwundungen und Verwundungen wieder zu beseitigen, wird eine der schwierigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein. Vor allem müssen sie bewahrt werden vor jenem charwinistischen und nationalistischen Gift, das bereits in die Herzen der Jugend den Keim zur Unverträglichkeit u. zum Unfrieden legt, vor jenen Gedankenverwundungen und Unzutunenden, die im späteren Leben nicht mehr auszurotten sind. Ein anderes Kapitel ist: deren Lebensweg ganz auf den Gewinn- und Genuß eingestellt ist, auf jene egoistische und materialistische Lebensweise deren „Sinn“ sich dahin zusammenfassen läßt: „Lasset uns essen und trinken, denn morgen sind wir tot!“ Was liegt solchen Menschen an ihren Mitmenschen. Sie werden von ihnen doch nur als Ausbeutungsobjekte betrachtet. Solche Beobachtungen kann man nicht etwa nur in der Pfalz machen, sondern überall dort, wo es Schieber und Großhändler, Späner des Schlachtfeldes und Kriegsgewinnler gibt. Auf den wirtschaftlichen Trümmern, die der Krieg gezeitigt hat, da suchen sich heute Tausende und Aber-tausende auf Kosten derjenigen zu bereichern, die ohnehin die Not der Zeit bis zur Höhe auskosten müssen. Die wirtschaftliche und finanzielle Gefundung unseres Vaterlandes wird in geradezu gemeingefährlicher Weise durch jene eben charakterisierten Schichten unterbunden; sie sind es in erster Linie, die zur ruinösen Preissteigerung beitragen, die weite Kreise unseres Volkes gewissenlos auswuchern und dadurch erheblich zur Verarmung beitragen; sie sind es, die durch Zusammenraffen von Geld u. Gewinn in den Händen Weniger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, die Gegenläufe zwischen Arm und Reich immer mehr verschärfen. Auf diese Weise bekommen wir die ungeliebtesten und unhaltbarsten Zustände. Retten kann uns aber vor dem Untergang nur die gemeinsame Arbeit aller Schichten des Volkes, die von gegenseitigem Vertrauen und von gegenseitiger Achtung getragen ist, nicht die wilde Rafferei nach Gewinn und Genuß, die tagtäglich Bewucherung und Ausplünderung von Volksgenossen. Angesichts der vielen schmerzlichen Beobachtungen, die man tagtäglich machen kann, wird man sich der trüblichen Auffassung nicht verschließen können, daß Genuß- und Vergnügungssucht (vor allem angenommen haben, die im Begriffe sind, als ein immer weiter und sich freßender Krebs-schaden die sittlichen Grundlagen des Volkstums und Lebens derart zu ruinieren, daß man

schärflich an der Zukunft verzweifeln könnte. Die Vermögenssteuer hat in vielen Städten solch enorme Erträge zu verzeichnen, daß die Voranschläge um das 4- und 5-fache übertrieben worden sind. Hinzu kommt, daß die fegeuelle Wirtschaftlichkeit weite Kreise der Jugend in gefährlicher Weise ergriffen hat. Hier müßten alle besonnenen Elemente der Nation, ohne Unterschied der Gewerkschaft, der Partei und der Konfession sich zusammenschließen, zu einer planmäßigen Aufräumarbeit und Rettungsarbeit, ehe es zu spät ist. Durch praktische sittliche Taten in geschlossener Zusammenarbeit mit den Volksvertretern im Reich und Staat in stetiger Verbindung mit den Lehrkräften an allen Schulen wird das große Werk der ethischen Wiederaufrichtung in Angriff genommen und zur glücklichen Durchführung gebracht werden können. All die angeführten Kapitel befragen, wohin der Weg führt, wenn das deutsche Volk nicht bald zurückkehrt zur Eintracht und Sittlichkeit. Welche Verantwortung auf das Natürliche, statt des Hasdens nach äußerem Glanz und Tand. Anstatt zur Besserung sieht man schon wieder Anzeichen, die unsere Zukunft noch sehr in Frage stellen. Die Arbeitslust und Arbeitsfreude wird immer mehr dadurch zurückgedrängt, Gleichgültigkeit und Unlust tritt an ihre Stelle, zumal man zusehen muß, wie Leute, die von dem Ernst und der Not der Zeit unberührt geblieben sind und zwischen Sinnentwurf und Geldgier so hin und her taumeln. Diese verdorbenen in vollstem Maße der Verachtung preisgegeben zu werden. Als Störer des inneren Friedens und Mitleidstörer der sittlichen Fundamente des Volkes müßten sie überall gebrandmarkt werden. Das deutsche Volk muß aus sich selbst heraus die Wege zur Wiedergeburt und zum inneren Frieden finden. Not tut vor allem mehr innere Eintracht, mehr gegenseitiges Verständnis und mehr ernste Arbeit aller Kreise der Nation. Damit schaffen wir uns ausrichtende Möglichkeiten für die Wiederverkampfung des Vertrauens im Ausland und je friedlicher unsere ganze auswärtige Politik in Zukunft gestaltet wird, desto mehr tragen auch wir unsererseits dazu bei, daß der in den nächsten Tagen kommende Friede zu einer Wohltat für die Kulturwelt werde.

Wirtschaftsbeihilfen.

Aus Greifswald sendet man uns nachstehenden Artikel mit der Bitte um Veröffentlichung:
In der Köhner Metallindustrie ist vor einiger Zeit eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach den Verarbeiteten, ob mit oder ohne Rinder, für jede Arbeitsstunde ab 1. Juli eine Zulage von 20 Pfennig gezahlt wird. Ferner wird für jedes am 15. Oktober 1919 unter 14 Jahren altes Kind eine Zulage von 100 M gewährt. Fordern nach solchen Wirtschaftsbeihilfen haben wir für berechtigt. Die Greifswalder Maschinenfabrik vorm. Köhler, hat auch den verarbeiteten Arbeitern 80 M, den Unverarbeiteten 50 M, den Lehrlingen 30 M als Wirtschaftsbeihilfe gezahlt. Im allgemeinen aber verweisen uns die Betriebsleitungen an Gemeinde, Staat und Reich. Beim Finanzministerium sollen die Arbeiter ihre Ansprüche geltend machen. Ist das berechtigt? Wir Arbeiter haben hier in den Privatbetrieben zum größeren Teile ein geringeres Einkommen als die Staatsarbeiter, wir sind auch mit den billigen „Ertzwerkstoffen“, als da sind Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände usw. erheblich im Rückstande, trotzdem wir unsere Steuern u. Abgaben zu dieser Bevorzugung mitzahlen müssen. Denn was aus dem Staats- oder Stadtsäckel an Steuerzulagen u. Wirtschaftsbeihilfen gewährt wird, müssen wir auch mitbezahlen. Weil dem so ist, darum sollten solche Beihilfen auch a l l e n zu Gute kommen, die in gleichen Verhältnissen leben, nicht bloß den Arbeitern und Beamten des Staats. Sehen denn so die Sozialisierungspläne aus, daß einem Teil der Arbeiter nur gegeben wird, weil sie im Staatsdienst stehen, die andern Arbeiter aber nichts erhalten, im Gegenteil sie die Zehne noch mit ihrem sauer verdienten Gelde bezahlen sollen? Wir sagen nein und abermals nein. Wir verlangen gleiches Recht für Jedermann oder glaubt die Regierung nur den Arbeitern in Staatsbetrieben den Mund zu stopfen, die Arbeiter in Privatbetrieben aber desto verbitterter zu machen? Die Arbeiterorganisationen sollten in ihren Versammlungen diese Frage besprechen und die bezüglichen Vertreter sollten in der Nationalversammlung entsprechende Anträge einbringen, daß solche Bevorzugungen aufhören. Gleiches Recht für alle sagen wir soll gelten. Wo ist aber die Freiheit? Wo die Gleichheit und Brüderlichkeit? Heberall nichts als wider Egoismus, jeder denkt nur an das eigene Ich. Wir wollen in wirtschaftlichen Fragen eine Besserung für Alle. Vor allen Dingen ein Sinken sämtlicher Lebensmittelpreise und der Bekleidungsgegenstände. Nur das kann uns retten vor dem Ruin. Andernfalls brauchen wir ein Gesetz zur Einführung von Staffelmehnen, eine amtliche Preisfestsetzung für die Gegenstände des täglichen Bedarfs. Sonst werden Streiks die unvermeidliche Folgen sein.

dem mit unserenöhnen ist kein Auskommen. Wir bekommen auch nicht 600 bis 1000 M an Wirtschaftsbeihilfen wie die Staatsbeamten und wenn die wieder alle sind, neue. Das sollte auch die Regierung bedenken. Bevorzugungen verurteilen wir auf das Schärfste und verlangen eine gerechte Verteilung aller Steuerzulagen und Sonderzulagen. Arbeiter wachen auf, vertretet euer Recht und unterläßt die gegenseitige Bekämpfung. Die einzelnen Verbände und Organisationen müßen zusammenwirken, nur so und nicht anders schaffen wir ein gleiches, soziales Recht für Alle.

Anmerkung der Redaktion. Wir haben dieses Stimmungsbild wiedergegeben, ohne uns mit allen Sätzen einverstanden zu erklären. Wie die Arbeiter in Privatbetrieben, so bleibt auch den Staats- oder Gemeinbediensteten nichts anderes übrig, sich an den Staat oder an die Gemeinde als ihre Arbeitgeber zu wenden, wenn sie zur Besserung der erhöhten Lebenskosten höhere Löhne oder neue Zulagen brauchen. Das gleiche gilt für die Angestellten, für die Beamten. Damit soll das bisherige System der einmaligen Zulagen nicht gutgehießen werden. Das taten auch die Abgeordneten nicht, die in den Parlamenten die Steuerzulagen bewilligten. Notwendig ist — darüber ist man sich einig — eine Reform der Besoldungs- und Gehaltsordnung, die den Zeitverhältnissen Rechnung trägt. Eine solche ist auch in Vorbereitung und soll bis zum 1. April 1920 fertig sein. Leicht ist diese Arbeit nicht, aber diese schematische Bewilligung von einmaligen Steuerzulagen ist unzulässig, weil sie eine große Anzahl Ungerechtigkeiten mit sich bringt, die keinesfalls verkannt werden. So lange aber die Besoldungsordnung noch nicht fertig ist, die alten Grundlöhne und Gehälter der Friedenszeit bis Geltung haben, müße durch Steuerzulagen oder Wirtschaftsbeihilfen ein Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung geschaffen werden, wie wir es durch die Erhöhung unserer Tariflöhne raten. Die **Senkung der Lebenshaltungspreise** wird allen lieber sein, auch das System der **gleitenden Lohnskalen** wird in seiner Anwendung ersichtlich geprüft. Gewiß soll die Gerechtigkeit die Grundlage des Staates sein, aber wie wir durch Erhöhung unserer Tariflöhne einen Ausgleich für die Teuerung suchen, so kann man auch den Staats- und Gemeinbediensteten, Angestellten und Beamten die Wirtschaftsbeihilfen versagen, so lange nicht durch eine Reform der Gehaltsordnung den Zeitverhältnissen Rechnung getragen ist. Ist aber dies der Fall, dann muß auch das bisherige System der einmaligen Zulagen verschwinden, weil es so wie es jetzt war und ist, nicht bleiben kann.

Bayerischer Sägetarif.

Ab 15. Jan. 1920 haben alle Arbeiter über 16 Jahre in allen Lohnklassen und Sparten eine weitere Lohnsteigerung von 20 % die Stunde zu erhalten. Die Arbeiter von 16 bis 18 Jahren und die Arbeiterinnen erhalten 15 %. Um diese Erhöhungen erhöhen sich auch die Mindestlöhne für die Sägewerksarbeiter, die am 15. Januar 1920 in Bayern demnach betragen müssen:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V
a) Jagdarbeiter und sämtliche Säger und Maschinenarbeiter, Sägeschnürer, Maschinenisten an Kreismaschinen, Plankmeister, Holzsortierer über 21 Jahre	2,75	2,30	2,20	2,00	1,95
von 18—21 Jahre	2,65	2,20	2,10	1,90	1,85
b) Gatterhelfer, Brems- und Abfallholzfriesäger, Penderjäger, sowie Sägewerksarbeiter mit besonders verantwortungsvoller oder schwerer Arbeit über 21 Jahre	2,65	2,25	2,10	1,95	1,90
von 18—21 Jahre	2,55	2,15	2,00	1,85	1,80
c) jüngste Hilfsarbeiter über 21 Jahre	2,55	2,20	2,05	1,85	1,85
von 18—21 Jahre	2,45	2,10	1,95	1,75	1,75
d) Arbeiterinnen über 18 Jahre	1,75	1,45	1,35	1,23	1,18
e) Arbeiter v. 16—18 Jahren	1,65	1,40	1,23	1,17	1,06
f) Arbeiterinnen von 16—18 Jahren	1,55	1,25	1,11	1,05	1,00

Dieser Lohn bildet die unterste Grenze der Entlohnung. Besonders tüchtige Arbeiter werden hohen Leistungen entsprechend höher entlohnt.
Für die durch Alter oder Invalidität minderleistungsfähigen sowie für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr 1919 zeigt, daß es für die Berliner Lokalarbeiter ein recht arbeitsreiches gewesen ist. Auch an die Haupt- und Lokalkasse unseres Gewerks-

vereins stellte es gewaltige Ansprüche. Das Vermögen der Hauptkasse, nämlich in den ersten Jahresjahren außerordentlich stark zugenommen bis es dann der Deutung gelang, durch eine Stärkung des Gewerksvereins durch Maßnahmen und durch die aus dem Kriege heimgeführten, das Vermögen wieder gut zu vermindern. Im Juni 1919 hatten wir den Stand des Vermögens im Frieden schon beträchtlich überschritten, wie aus den monatlichen Kassenberichten der Hauptkasse im amtlichen Nachrichtenblatt ersichtlich ist. So erfreulich dieses ist, die letzten Monate aber haben doch wieder starke Zuflüsse erfordert. Auch unsere Mitgliederzahl müssen wir mit allen Mitteln zu steigern versuchen. Ein jeder hat in der Agitation seine Schuldigkeit zu tun. Es geht nicht an, alles nur von der Verwaltung, der Bezirks- oder Hauptleitung erwarten zu wollen. Für die Kleinarbeit in der Agitation fehlt es den Beamten an der nötigen Zeit. Die Agitation von Mund zu Mund muß hauptsächlich geleistet werden von unseren Mitgliedern und Vertrauensmännern in den Betrieben. Die Mitgliederzunahme seit 1918 darf uns nicht befriedigen. Sie müßte und könnte stärker sein, wenn jeder Gewerksvereinstollge in der Agitation seine Schuldigkeit getan hätte. Mit uninteressierten Mitgliedern kommen wir nicht weiter, nein mit der Begehung seiner Beiträge ist es nicht genug, es muß jeder mitarbeiten an den Aufgaben, die uns harrten. Als die Teuerungsvorgänge uns Arbeiter zwingen, höhere Lohnforderungen zu stellen, da fehlte es nicht an Kämpfen. In Berlin erlebten wir ja eigenartige Dinge. Der Streik der Holzarbeiter und besonders der große Streik der Metallarbeiter, wo auch Holzarbeiter daran beteiligt waren, kostete Unsummen von Geld, ohne uns Vorteile zu bringen. Die Annahme des Reichstaxistafels gelang auch nur durch Streikung der wichtigsten Bestimmungen über Besoldungswesen und Betriebsräte. Was die kommenden zentralen Verhandlungen über die zum 15. Februar geltendigten Tarife bringen werden, bleibt abzuwarten. Durch Extrabeiträge aber müssen wir wieder unsere Lokalkasse auffüllen. Als wir am 1. April 1919 12 000 M. darin hatten, glaubten wir zufrieden in die Zukunft blicken zu können. Wie es aber bald anders kam, das weiß jeder Kollege, der die Verhandlungen besuchte, die Kassenberichte gehört u. die Kämpfe mitgemacht hat. Unser Schmerzenskind ist die Arbeitsnachweistrage gewesen, doch sind jetzt Mittel und Wege gefunden, um einen Beamten von uns im Arbeitsnachweis zu haben. Als unbescholtener Agitationsleiter wackert Kollege Mehl e seines Amtes und wir erhoffen auch davon Vorteile. Es ist nur notwendig, ihn auch in seiner Tätigkeit für den Gewerksverein zu unterstützen. Wenn wird der dann seine Kräfte im Dienst unserer Sache stellen.

Die Arbeit der Lokalarbeiter wurde erledigt in 7 Vorstandssitzungen, 6 Verwaltungssitzungen, 4 allgemeine Mitgliederversammlungen, und in 2 Konferenzen. In allen Sitzungen, Versammlungen und Konferenzen haben die Vorstandsmitglieder ihre Pflicht getan, zudem hat Kollege Schumacher und Kollmann uns manch lehrenden Vortrag gehalten. Soll aber all die geleistete Arbeit Erfolge zeitigen, dann darf es an der Mitarbeit der Berliner Gewerksvereinstollgen künftig nicht fehlen. Es drückte sich seiner durch leere Ausreden, nur so können wir hoffen, daß wir wieder in ruhige Bahnen und in bessere Verhältnisse kommen zum Wohle der deutschen Gewerksvereine und aller deutschen Arbeiter.

Münberg. Der Ortsverein der Holzarbeiter 1 hielt am Samstag, den 27. Dezember 1919 die Jahreshauptversammlung ab. Nach Erledigung der letzten Sitzungs- u. Versammlungsprotokolle sowie einiger Einkünfte, bei welcher letzteren insbesondere ein Schreiben des Ortsvereins II (Bitterner) zur Sprache kam, worin dieser Ortsverein seine ablehnende Haltung auf unsere Anregung betreffend Zusammenfassung der beiden Vereine bekräftigte, erstattete der Vorsitzende Kollege Baureich einen Ueberblick über die Tätigkeit im verfloßenen Jahr. Trotz aller Revolutionsschwierigkeiten im laufenden Jahr konnte, abgesehen einiger Auscheidungen durch Ableben, der Mitgliederstand erhalten werden. In 9 Sitzungen bzw. Versammlungen fanden die Verwaltungsgeschäfte, ihre Erledigung. Der Kassier Kollege Eggmann gab hierauf einen sehr ausführlichen Jahresbericht, dem folgender Auszug zu entnehmen ist: Die Ortsvereinskasse hatte eine Einnahme von 1089,28 M., eine Ausgabe von 880 M. Die Krankenkasse einschließlich Begräbniskasse eine Einnahme von 1165,63 M., an Ausgaben 1085,32 M. Die Lokalkasse weist 573,85 M. Einnahmen und 292,74 M. Ausgaben auf. An Unterstützungen wurde der Betrag von 908,51 M. ausbezahlt. An die Hauptkasse wurden 966 M. abgeführt, dagegen 409 M. gefordert. Der Kassenbericht umfaßt die Monate Januar einschließlich November, also 11 Monate. Dem Kassier wurde Dank erstattet. Die hierauf vollzogene Neuwahl ergab folgendes Ergebnis: Vorsitzender Kollege Baureich, Schriftführer Kollege Schumacher, Kassierer Kollege Eggmann, Beisitzer Kol-

lege Baureich und Ortsvereinsvorsitzender Kollege Baureich. Bei der Wahl wurde der Ortsvereinsvorsitzende Kollege Baureich einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Der Ortsvereinsvorsitzende Kollege Baureich hat die Ehre, die Ortsvereinsmitglieder zu begrüßen und die Beschlüsse der Ortsvereinsversammlung zu erläutern. Die Ortsvereinsmitglieder sind über die Tätigkeit der Ortsvereinsverwaltung, die auf 1 M. erhöht wurden. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde Besprechungen darüber ausgeprochen, wie sich nach dem Wortsart der Generalversammlungprotokoll auf der Generalversammlung in Augsburg die Kollegen Schumacher und Baureich bei Beratung des Antrags, dem hiesigen Sekretariat eine einmalige Beihilfe von 200 M. zu gewähren, über die Sache selbst und Münberg äußerten. Es möge hier festgestellt und auch den Kollegen junger der Augsburger Tagung nicht unbekannt gewesen sein, daß unser Ortsverein schon seit länger Zeit einen wöchentlichen Beitrag von 25 % erhob und dieser seit September vorigen Jahres auf 30 % erhöht wurde. Auch der Ortsverein der Bittner erhebt schon seit Jahren einen wöchentlichen Wobabbeitrag von 20 %. Ob damit Münberg in Bezug auf Wobabbeitrag so vollständig ist, wie die beiden Kollegen der Generalversammlung es darstellten, überlassen wir dem Urteil der Kollegenschaft. Der Vorsitzende Kollege Baureich brachte noch verschiedene Verbesserungsvorschläge zur Sprache, sowie Beschlüsse im Betriebsrat der Firma Maschinenfabrik Augsburg-Münberg (West-Münberg), wo unser Vertreter durch die Tätigkeit des christlichen Vertreters aus dem Betriebsrat zu verdrängen versucht, dieses „christliche“ Benehmen jedoch noch rechtzeitig erwidert wurde. Kollege Schumacher bemerkte, daß nach dem die zentralen Tarifverhandlungen geschwebt zurzeit hier lokale Unterhandlungen stattfinden, die jedoch noch nicht vor dem Abschluß stehen. Um die stattfindenden Unterhandlungen nicht zu unterbrechen, wurde eine 1. Sitzung am 1. Januar um alle Facharbeiter im Schreinerhandwerk einen Zuschlag von 30 % pro Stunde, an Hilfsarbeiter und Frauen einen solchen von 20 % pro Stunde zu zahlen, der zunächst als Abschlagszahlung zu gelten hat. Mit einem bringenden Appell, im kommenden Jahr mehr Gewerksvereinstollge zu zeigen, schloß der Vorsitzende die Hauptversammlung.

Amliche Bekanntmachungen.

Von mehreren Verwaltungsstellen werden in letzter Zeit Krankenscheine eingefordert, auf denen die ärztliche Unterschrift fehlt, auch keine Bescheinigung der Orts- oder Betriebskassenkasse beiliegt. Die Kassierer werden darauf aufmerksam gemacht, daß unter allen Umständen entweder die ärztliche Unterschrift oder die Bescheinigung der Krankenkassenkasse beigebracht werden muß, andernfalls kein Krankengeld zu zahlen ist.

Der Vorstand

der Zuschuß-Krankenscheineunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Zur Aushilfe.

Nachstehend verzeichnete Ortsvereine bzw. Verwaltungsstellen erhielten in der Zeit vom 1. Dezember bis einschließl. 31. Dezember 1919 folgende Zuschüsse:

- a) Gewerksvereinskasse: Halle 4315, Zuffenhausen 50 M.
- b) Krankenkasse: Cöstrin 80, Danzig 1 85, Döbeln 40, Freiburg 16, Gorch 60, Halberstadt 50, Halle 50, Wernigeröde 60, Lauterbach 30, Mannheim 50, Pöschwitz 30 M.
- c) Krankenkasse: Berlin V 180, Ufm 144 M. Berlin, den 31. Dezember 1919. M. Schumacher.

Den Kassierern und Vorsitzenden wird hierdurch zur Pflicht gemacht, die amtlichen Monatsabschlüsse und die Quittungstabellen mit ihren Büchern genau zu vergleichen. Etwaige Fehler sind sofort an den Haupttreisfor 5. Feist, Berlin N.O. 18, Kopenstr. 37 zu berichten.

Die Haupttreisforen:

H. Feist, Fr. Thumack, W. Pinterant.

Das regelmäßige Einkassieren der Beiträge ist eine zwingende Notwendigkeit der Vereine. Es werden dadurch Restanten und die damit zusammenhängenden Austritte aus der Organisation vermieden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 3. Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

Eiserne Zicklingenhobel!
tausendfach bewährt, la deutsches Fabrikat Stück Mk. 2,50, 6 Stück Pestpaket Mk. 55. — franco
Schinder! Stück Mk. 2 75, 12 Stück Mk. 30. —, Zicklingen la Stahl (Sägeblatt) in allen Breiten liefert
M. E. Walther, Dresden 22,
Rehsfelder Str. 51
Telegramm-Adr.: Mawa Dresden

Sportschlitten-Rufen
Eiche und Buche gebogen,
prima Ware.
100, 120, 140, 160 cm Holzlänge
liefert zu billigsten Tagespreisen
M. E. Walther, Dresden 22
Rehsfelderstraße 51. Fernsprecher 28767.

Füchtige Foto-Tischler
zum Bau von Schränken, Kassetten, Stationen usw. auf sofort gesucht.
Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Forderungen an das Städtische Arbeitsamt in Engel mit D. P. 191.
Mannheim, Hebrge: Salberer 4. 18. Unterhüngung 11. 4. 18.

Sing. Holzblöhdauer
in allen vorstehenden Arbeiten perfekt in gutlohnende, dauernde Stelle gesucht.
Georg Löffel, Holzblöhd., Großenhain in Sachsen, Marienallee 10.
Schlafzimmer u. Küche
in nur erstklassiger Qualität. Abbild. auf Wunsch.
Joseph Müller, Dieburg i. O. Abteilung Möbel. Fernsprecher 316.
Magdeburg, arbeitsnachweis und Unterhüngung: Kaspernstraße 9/3.

Schülergefelle,
unverheiratet, auf Bau und Möbel, der selbständig arbeitet, bei hohem Lohn sofort gesucht. Reise wird vergütet. Schriftliche Meldungen erwünscht.
G. Jand, Heiligenhafen i. Holstein.
Danz in Böhmen. Dazugehörige Gewerksvereinstollgen erhalten ein Nachlager und frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch nationaler Arbeitervereinigungen, Eisenbahnstraße 8.
20 cbm Rußbaum
5 cm stark, 2 Jahre geschlitten. Gebote erbittet B i u r e r, Hannover, Goldschmiedstraße 1 a.
Brandenburg a. H. Unterhüngung 2005, W r e l a u, Al. Gatenstr. 43 und die Kassierer des Vereines.
Breslau. arbeitsnachweis und 75 Pfennig Unterhüngung im Gewerksvereinstollgen Besauerstraße 18.
Stogau (Ortsverband). Dazugehörige Gewerksvereinstollgen erhalten 75 Pfennig Unterhüngung beim Kollegen Unglaube, Dresden-Str. 39.